IMT Nuremberg Archives

H – 724

International Court of Justice

H0724-0002

Notice.

Not to be published until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

Ne pas publier avant présentation devant le tribunal en audience publique et seulement la partie réellement versée au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jenen Teil, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

Не публиковать до того, как представлено на публичном заседании Трибунала и только ту часть, которая представлена в качестве доказательства.

H0724-0003

I certify that none of the documents included herein have been denied by the Tribunal and that this document book has been examined with the prosecution in accordance with the ruling of the Tribunal dated 4 April 1946.

Je certifie qu'aucun des documents ci-inclus n'a été contesté par le Tribunal, et que ce livre de documents a été examiné par le Ministére Public suivant les règles du Tribunal, en date du 4 Avril 1946.

Ich bestaetige, dass keine der hierin enthaltenen Dokumente vom Gerichtshof abgelehnt wurden und dass dieses Dokumentenbuch gemeinsam mit der Anklagevertretung durchgesehen wurde, in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Gerichtshofes vom 4. April 1946.

Signature of Counsel

Signature de l'Avocat

Unterschrift des Verteidigers.

H0724-0004

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

des

Dokumentenbuches IV.

C. Freiherr von Neurath.

H0724-0005

Bezeichung	Inhalt	Datum	Neurath Nr.

2. DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN AUSSENPOLITIK

Dokumentenbuch IV

Dok. 1936 - 1937
bis zum Ruecktritt des Angeklagten von Neurath als Reichsaussenminister

Weltgeschichte d. Gegenwart in Dok. 1935/36	Auszug aus der Rede des Abgeordneten Montigny in d. franz. Kammer ueber den Sowjetpakt.	13.2.36	107
Weltgeschichte d.Gegenwart in Dok.1935/36	Interview des Fuehrers Hitler mit dem Korrespondenten des "Paris Midi"B.de Jouvenal.	21.2.36	108
Weltgeschichte d.Gegenwart in Dok.1935/36	Memorandum der Reichsregierung an die Signatarmaechte des Locarnovertrages.	7.3.36	109
Weltgeschichte d.Gegenwart in Dok.934/35	Auszug aus der Rede Hitlers vor d. deutschen Reichstag	7.3.36	110
Weltgeschichte d.Gegenwart in Dok.1935/36	Amtliche Erklaerung der deutsch. Reichsregierung.	12.3.36	112
Weltgeschichte d.Gegenwart in Dok.1935/36	Mitteilung d. deutschen Botschafters in London an d. englischen Aussenminister Eden.	12.3.36	113

H0724 – 0006

Bezeichnung	Inhalt	Datum	Neurath Nr.
Weltgeschichte d.Gegenwart in Dok.1935/36	Denkschrift d.deutschen Reichsregierung(durch da Ausserordentlichen Botschafter v.Ribbentrop d.englisch.Regierung ueberreicht.	31.3.36	116
"Europaeische Politik 1933/38 im Spiegel d. Prager Akten" Berber.	Bericht d.tschechoslowakischen Gesandten im Haag.	21.4.36	117
Weltgeschichte d. Gegenwart in Dok.1937/38	Abkommen zwischen d.Reich u.d.Oesterreichischen Bundesregierung ueber d. Regelung d. Deutsch-oesterreichischen Beziehungen.	11.7.36	118
Archiv 1937	Aus der Erklaerung des Parlamentssekretaers d. Admiralitaet Shakespeare im Unterhaus anlaesslich d. Ratifikation d.Londoner Flottenabkommens.	20.7.36	119
Weltgeschichte d. Gegenwart in Dok. 1937/38	Auszug aus dem Dekret d.Volkskommissare ueber die Herabsetzung des dienstpflichtigen Alters.	11.8.36	120

Bezeichnung	Inhalt	Datum	Neurath Nr.
Weltgeschichte d.Gegenwart in Dok.Band 5	Communiqué ueber den Besuch d.Reichsaussenministers Frhr.v.Neurath in Belgrad.	8. 6.37	122
Weltgeschichte d.Gegenwart in Dok.Band 5	Communique ueber d. Besuch d.Reichsaussenministers Frhr.v. Neurath in Sofia.	10. 6.37	123
Weltgeschichte d. Gegenwart in Dok.Bd. 5	Cummuniqué ueber den Besuch d.Reichsaussenministers Frhr.v.Neurath in Budapest.	14.6.37	124
Archiv, 1937	Aus einem Vortrag. d. amerikanischen UNterstaatssekretaers Welles ueber d. Versailler Vertrag u. Europa.	7.7.37	125
Archiv Bd.40-42	Frhr.v. Neurath u. Hess sprechen in d. A.Hitler-Kampfbahn.	29.8.34	126
Archiv 1937	Aus "Ehrengaeste d. Parteitages "	1937	127
Archiv 1937	Frhr.v. Neurath ueber Voelkerrecht u. Voelkerbund	30.10.37	128
"Failure of a Mission"Henderson	Aeusserung Sir Nevil Henderson's ueber den Anschluss Oesterreichs.	1930	129
"Neues Wiener Tageblatt"	Staatskanzler Dr. Renner "ich stimme mit ja"	3.4.38	130

H0724 – 0007

Neurath Nr 107

Defense Exhibit Nr.....

Auszug aus der Rede des Abgeordneten Montigny vom 13.2.36 in der französischen Kammer ueber den Sowjetpakt.

(zit. aus "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1935/36,3.Band Seite 318/19)

H0724-0008

Neurath Nr.....

Defense Exhibit Nr.....

uszug aus der Rede des Abgeordneten Montigny vom 13.2.36

in der franzoesischen Kammer ueber den Sowjetpakt.

Meine Herren, ich erlaube mir, noch heute die Ansicht zu vertreten, die einst durch einen Mann ausgesprochen wurde, dessen Gesinnung ich kannte; denn sein Denken fusste auf dem von Jaures; er erinnerte an die Befuerchtungen, die dieser oft geaeussert hatte bezueglich des Eindrucks einer Umzingelung, den im Jahre 1914 ein grosses Land haben konnte - obgleich wir doch versicherten, dass wir nur zu unserer Verteidigung so handelten wenn es sieht, wie eine proletarische Partei, die vom Ausland her geleitet wird, an die Stelle der Politik von Jaures die Delcasses setzt.

Ich sage nicht - denn ich moechte das Land nicht in Verwirrung bringen - : Die Unterzeichnung dieses Vertrages ist der Krieg! Aber ich sage - denn ich bin davon ueberzeugt -: Die Ratifizierung kann fu Frankreich die Verpflichtung nach sich ziehen, in einen Krieg einzutreten, den es vielleicht haette vermeiden koennen...

Und diese Gefahr besteht um so mehr, wenn die Regierung nicht dem Rat folgt, den ich ihr in aller Bescheidenheit geben moechte als ein Mann, der den Anfang dieses Jahres in Deutschland zugebracht hat, der keinen Hitlerfuehrer sehen wollte, der aber lange Gespraeche hatte mit der Handvoll guter Franzosen, die berufsmaessig dort seit langen Jahren leben.

Ihre Angst waechst immer mehr angesichts der Kluft, die immer breiter wird zwischen den beiden Laendern, angesichts einer Situation, di zum Teil nur aus einem tragischen Missverstaendnis herruehrt, undsie sind entsetzt, hier so viel dunkle Kraefte am Werk zu sehen, die gestern fuer eine Entente mit Deuschland um jeden Preis waren und die heute jede Bemuehung um eine Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Laendern mit dem Bann belegen wollen.

In dem Bewusstsein, meine Pflicht als Repraesentant einer Schicht die leidenschaftlich am Frieden haengt, meine Pflicht als alter Kaempfer und Familienvater zu erfuellen, erklaere ich der Regierung: Wenn Sie diesen Vertrag ratifizieren, ist es vor allem notwendig, dass Sie mit Deutschland sprechen.

Man kann das Hitlertum bedauern, aber es existiert. Ich glaube, da dort die Waagschalen des Schicksals noch schwanken, dass in der kurzen Zeitspanne, die vielleicht einige Monate, vielleicht einige Wochen dauert, nichts endgueltig von den deutschen Fuehrern beschlossen worden ist.

Lassen Sie diese Frist nicht verstreichen, lassen Sie das Schweigen sich nicht verdichten. Sprechen Sie, nicht in einem argwoehnischen Dunkel, sprechen Sie in Verbindung mit England, mit unseren Verbuendeten und besonders in Verbindung mit der Kleinen Entente, der wir einschraenkungslos treu sind; aber machen Sie wenigstens diesen letzten Versuch, die moegliche Katastrophe zu beschwoeren. Auf jeden Fall, meine Herrn - damit schliesse ich- , moege sich das franzoesische Volk zwei Dinge wohl vor Augen halten: einmal, dass seine letzte Friedenschance in seinem Zusammenhalten, seiner Disziplin,

H0724-0009

(Seite 318/319)

seinem Widerstand gegen alle Demagogien in der inneren Ordnung liegt; sodann, dass es seine groesste Kriegsgefahr erkennt: den Augenblick, in dem die Regierungen Frankreichs in Europa den Eindruck erwecken, dass unser Volk unter das verborgene Protektorat von Moskau geraten ist.

(zit. aus Weltgeschichte der
Gegenwart in Dokumenten 1935/36
3. Band, Seite 318/319)

Fuer die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Frhr. v. Luedinghausen

.....

(Dr. Frhr. v. Luedinghausen
Rechtsanwalt und Notar)

H0724 – 0010

Neurath Nr.....

Defense Exhibit No.....

Interview des Fuehrers und Reichkanzlers Adolf Hitler vom 21.2.36 mit dem Korrespondenten des "Paris Midi" Bertrand de Jouvenel.
(zit. aus "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten "1935/36, 3.Band, Seite 320)

H0724 – 0011

Neurath Nr.....

Defense Exhibit Nr.....

Interview des Fuehrers und Reichskanzlers Adolf Hitler vom 21. 2. 36 mit dem Korrespondenten des "Paris Midi" Bertrand De Jouvenel.

Paris, 28. Februar. Der Paris Midi veroeffentlicht heute eine Unterredung des bekannten franzoesischen Schriftstellers Bertrand de Jouvenel mit dem Fuehrer und Reichskanzler, die vor einigen Tagen, also vor der Ratifizierung des sowjetrussisch-[1]) franzoesischen Beistandspaktes durch die franzoesische Kammer, stattfand. In dieser Unterredung erklaerte der Fuehrer und Reichskanzler:

"Ich weiss, was Sie denken. Sie meinen: Hitler macht uns Friedenserklaerungen, ist er aber wirklich aufrichtig? Waere es aber nicht besser, wenn Sie, anstatt psychologische Raetsel zu loesen versuchen, einmal die beruehmte franzoesische Logik anwendeten ? Waere es nicht ein Ruin fuer beide Laender, wenn sie erneut auf dem Schlachtfeld zusammenstiessen? Ist es nicht logisch, dass ich fuer mein Land das Vorteilhafteste erstrebe ? Und ist dieses Vorteilhafteste nicht der Friede?

Im weiteren Gespraech mit Bertrand de Jouvenel kommt dann der Fuehrer auf das angebliche "Raetsel zusprechen, das ihm zum Fuehrer des deutschen Volkes gemacht habe. Als eine Loesung dieses "Raetsels" bezeichnet er u.a. die Tatsache, dass er die scheinbar ausserordentlich komplizierten Probleme, mit denen die Berufspolitiker nicht fertig werden konnten, vereinfacht habe, und nennt in diesem Zusammenhang auch das Problem des "Klassenkampfes". Genau so wie er dem deutschen Volke durch einen Appell an die Vernunft bewiesen habe, dass der Klassenkampf ein Unsinn sei, genau so richte er jetzt einen gleichen Appell an die Vernunft auf internationalem Gebiete.

"Ich will", so erklaerte der Fuehrer, "meinem Volke beweisen, dass der Begriff der Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland ein Unsinn ist. Das deutsche Volk hat dies verstanden.Es ist mir gefolgt, als ich eine viel schwierigere Versoehnungsaktion unternahm, als ich zwischen Deutschland und Polen versoehnend eingriffen.

Nach diesen Worten des Fuehrers kommt Bertrand de Jouvenel auf die wiederholten Friedenserklaerungen des Fuehrers zu sprechen und sagt:

"Wir Franzosen lesen zwar mit Freude Ihre Friedenserklaerungen. Wir sind aber trotzdem wegen anderer weniger ermutigender Dinge beunruhigt. So haben Sie in Ihrem Buch "Mein Kampf" sehr schlimme Dinge ueber Frankreich gesagt. Dieses Buch wird nun in ganz Deutschland als eine Art politische Bibel angesehen. Es wird verkauft, ohne dass die aufeinanderfolgenden Ausgaben in irgendeiner Hinsicht bezueglich der Stellen ueber Frankreich einer Korrektur unterzogen werden."

Der Fuehrer antwortete:

"Als ich dieses Buch schrieb, war ich im Gefaengnis. Es war die Zeit als die franzoesischen Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Es war im Augenblick der groessten Spannung zwischen unseren beiden Laendern,

1) Erfolgte am 27. 2. 1936.

H0724-0012

(Seite 320)

Ja, wir waren Feinde, und ich stand zu meinem Lande, wie es sich gehoert, gegen Ihr Land, genau wie ich zu meinem Lande gegen das Ihre viereinhalb Jahre lang in den Schuetzengraeben gestanden habe! Ich wuerde mich selbst verachten, wenn ich nicht im Augenblick eines Konfliktes zunaechst einmal Deutscher waere. Aber heute gibt es keinen Grund mehr fuer einen Konflikt.

Sie wollen, dass ich mein Buch korrigiere, wie ein Schriftsteller der eine neue Bearbeitung seiner Werke herausgibt. Ich bin aber kein Schriftsteller. Ich bin Politiker, Meine Korrekturen nehme ich in meiner Aussenpolitik vor, die auf Verstaendigung mit Frankreich abgestellt ist! Wenn mir die deutsch-franzoesische Annaeherung gelingt so wird das eine Korrektur darstellen, die wuerdig ist.

Meine Korrektur trage ich in das grosse Buch der Geschichte ein!

Im weiteren Verlauf des Gespraechs stellte dann Bertrand de Joubenel die Frage nach Deutschlands Haltung zum franzoesisch-sowjetrussischen Beistandspakt, der doch wohl zweifellos eine Belastung der deutsch-franzoesischen Verstaendigung darstelle.

Der Fuehrer antwortete:

"Meine persoenlichen Bemuehungen fuer eine solche Verstaendigung werden immer bestehen bleiben. Indessen wuerde sachlich dieser mehr als bedauerliche Pakt eine neue Lage schaffen. Sind Sie sich denn in Frankreich bewusst, was Sie tun ? Sie lassen sich in das diplomatische Spiel einer Macht hineinziehen, die nichts anderes will, als die grossen europaeischen Voelker in ein Durcheinander zu bringen, aus dem diese Macht allein den Vorteil zieht.

Man darf die Tatsache nicht aus den Augen verlieren, dass Sowjetrussland ein politischer Faktor ist, dem eine explosive revolutionaere Idee und eine gigantische Ruestung zur Verfuegung stehen.

Als Deutscher habe ich die Pflicht, mir ueber eine derartige Lage Rechenschaft abzulegen. Der Bolschewismus hat bei uns keine Aussicht durchzudringen, aber es gibt andere grosse Voelker, die weniger als wir immun gegen den bolschewistischen Bazillus sind."

Noch einmal kommt dann der Fuehrer auf das deutsch-franzoesische Verhaeltnis zu sprechen und erklaert, dass er im Namen des gesamten deutschen Volkes spreche, wenn er Frankreich gegenueber erklaere, dass Frankreich, wenn es nur wolle, fuer immer jener angeblichen deutschen Gefahr ein Ende bereiten koenne, weil das deutsche Volk vollstes Vertrauen zu seinem Fuehrer habe und dieser Fuehrer die Freundschaft mit Frankreich wuensche.

(zit. aus Weltgeschichte der
Gegenwart im Dokumenten
1935/36, 3. Band, Seite 320.)

Fuer die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Frhr. v. Luedinghausen
(Dr. Frhr. v. Luedinghausen
Rechtsanwalt und Notar)

H0724-0013

Neurath Nr. 109
Defense Exhibit Nr.....

Memorandum der Reichsregierung
vom 7. 3. 36 an die Signatarmaechte
des Locarnovertrages.

(zit. aus "Weltgeschichte der Gegenwart
in Dokumenten "1935/36
3. Band, Seite 332)

H0724 -0014

Neurath Nr.....
Defense Exhibibit Nr.....

Memorandum der Reichsregierung vom 7. 3. 36 an die Signatarmaechte des Locarnovertrages.

Sofort nach dem Bekanntwerden des am 2. Mai 1935 unterzeichneten Paktes zwischen Frankreich und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken hat die deutsche Regierung die Regierungen der uebrigen Signatarmaechte des Rheinpaktes von Locarno darauf aufmerksam gemacht, dass die Verpflichtungen, die Frankreich in dem neuen Pakt eingegangen ist, mit seinen Verpflichtungen aus dem Rheinpakt nicht vereinbar sind. Die deutsche Regierung hat ihren Standpunkt damals sowohl rechtlich als politisch ausfuehrlich begruendet. Und zwar in rechtlicher Beziehung in dem deutschen Memorandum vom 25. Mai 1935, in politischer Beziehung in den vielfachen diplomatischen Besprechungen, die sich an dieses Memorandum angeschlossen haben. Den beteiligten Regierungen ist auch bekannt, dass weder ihre schriftlichen Antworten auf das deutsche Memorandum noch die von ihnen auf diplomatischem Wege oder in oeffentlichen Erklaerungen vorgebrachten Argumente den Standpunkt der deutschen Regierung erschuettern konnten.

In der Tat hat die gesammte Diskussion, die seit dem Mai 1935 diplomatisch und oeffentlich ueber diese Frage gefuehrt worden ist, in allen Punkten nur die Auffassung der deutschen Regierung bestaetigen koennen, die sie von Anfang an zum Ausdruck gebracht hat.

1. Es ist unbestritten, dass sich der franzoesisch-sowjetische Vertrag, ausschliesslich gegen Deutschland richtet.

2. Es ist unbestritten, dass Frankreich in ihm, fuer den Fall eines Konfliktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion Verpflichtungen uebernimmt, die weit ueber seinen Auftrag aus der Voelkerbundsatzung hinausgehen und die es selbst dann zu einem militaerischen Vorgehen gegen Deutschland zwingen, wenn es sich dabei weder auf eine Empfehlung oder ueberhaupt auf eine vorliegende Entscheidung des Voelkerbundsrates berufen kann.

3. Es ist unbestritten, dass Frankreich in einem solchen Falle also das Recht fuer sich in Anspruch nimmt, nach eigenem Ermessen zu entscheiden wer der Angreifer ist.

4. Es steht somit fest, dass Frankreich der Sowjetunion gegenueber Verpflichtungen eingegangen ist, die praktisch darauf hinauslaufen, gegebenenfalls

H0724 -0015

hat, die ihm im Verhaeltnis zu Deutschland durch den Rheinpakt auferlegt worden sind.

Das aber muss die Deutsche Regierung verneinen.

Der Rheinpakt sollte das Ziel verwirklichen, den Frieden im Westen Europas dadurch zu sichern, dass Deutschland einerseits und Frankreic und Belgien andererseits in ihrem Verhaeltnis zueinander fuer alle Zukunft auf die Anwendung militaerischer Gewalt verzichten. Wenn bei dem Abschluss des Paktes bestimmte Ausnahmen von diesem Kriegsverzicht ueber das Recht der Selbstverteidigung hinaus zugelassen wurden, so lag, wie allgemein bekannt, der politische Grund hierfuer allein darin, dass Frankreich schon vorher gegenueber Polen und der Tschechoslowakei bestimmte Buendnisverpflichtungen uebernommen hatte, die es der Idee der absoluten Friedenssicherung im Westen nicht opfern wollte. Deutschland hat sich aus seinem guten Gewissen heraus damals mit diesen Einschraenkungen des Kriegsverzichts abgefunden. Es hat die von dem Vertreter Frankreichs auf den Tisch von Locarno gelegten Vertraege mit Polen und der Tschechoslowakei nicht beanstandet, allein unter der selbstverstaendlichen Voraussetzung, dass diese Vertraege sich an die Konstruktion des Rheinpaktes anpassen und keinerlei Bestimmungen ueber die Handhabung des Artikels 16 der Voelkerbundssatzung enthielten, wie sie in den neuen franzoesisch-sowjetischen Abmachungen vorgesehen sind. Dem entsprach auch der damals der Deutschen Regierung bekanntgewordene Inhalt dieser Sonderabmachungen. Die im Rheinpakt zugelassenen Ausnahmen sind allerdings nicht ausdruecklich auf Polen und die Tschechoslowakei abgestellt, sondern abstrakt formuliert worden. Es war aber der Sinn aller hierauf bezueglichen Verhandlungen, nur einen Ausgleich zwischen dem deutsch-franzoesischen Kriegsverzicht und dem Wunsche Frankreichs nach Aufrechterhaltung seiner schon bestehenden Buendnisverpflichtungen zu finden. Wenn sich daher Frankreich die abstrakte Formulierung der im Rheinpakt zugelassenen Kriegsmoeglichkeiten zunutze macht, um ein neues Buendnis mit einem militaerisch hochgeruesteten Staat gegen Deutschland abzuschliessen, wenn es so die Tragweite des von ihm mit Deutschland vereinbarten Kriegsverzichts weiterhin und in so entscheidender Weise einschraenkt und wenn es dabei, wie oben dargelegt, nicht einmal die festgesetzten formellen rechtlichen Grenzen innehaelt, so hat es damit eine voellig neue Lage geschaffen und das politische System des Rheinpaktes sowohl dem Sinne nach als auch tatsaechlich zerstoert.

Die letzten Debatten und Beschluesse des franzoesischen Parlaments haben erwiesen, dass Frankreich trotz der deutschen Vorstellungen entschlossen ist, den Pakt mit der Sowjetunion in Kraft zu setzen, ja eine diplomatische Unterredung hat ergeben, dass sich Frankreich schon jetzt an die von ihm geleistete Unterzeichnung dieses Paktes vom 2. Mai 1935 als gebunden ansieht. Gegenueber einer solchen Entwicklung der europaeischen Politik kann aber die Deutsche Reichsregierung, will sie nicht die ihr pflichtgemaess anvertrauten Interessen des deutschen Volkes verwahrlosen lassen oder preisgeben, nicht untaetig bleiben.

Die Deutsche Regierung hat bei den Verhandlungen der letzten Jahre stets betont, alle sich aus dem Rheinpakt ergebenden Verpflichtungen solange zu halten und erfuellen zu wollen, als die anderen Vertragspartner auch ihrerseits bereit sind, zu diesem Pakte zu stehen. Diese selbstverstaendliche Voraussetzung kann jetzt als von seiten Frankreic nicht mehr erfuellt angesehen werden. Frankreich hat die ihm von Deutschland immer wieder gemachten freundschaftlichen Angebote und friedlichen Versicherungen unter Verletzung des Rheinpaktes mit einem ausschliesslich gegen Deutschland gerichteten militaerischen Buendnis mit der Sowjetunion

H0724-0016

beantwortet. Damit hat der Rheinpakt von Locarno aber seinen inneren Sinn verloren und praktisch aufgehoert zu existieren. Deutschland sieht sich daher auch seinerseits nicht mehr als an diesenerloschenen Pakt gebunden an. Die Deutsche Regierung ist nunmehr gezwungen, der durch dieses Buendnis neugeschaffenen Lage zu begegnen, einer Lage, die dadurch verschaerft wird, dass der franzoesisch-sowjetische Vertrag seine Ergaenzung in einem genau parallel gestalteten Buendnisvertrag zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion gefunden hat. Im Interesse des primitiven Rechts eines Volkes auf Sicherung seiner Grenzen und zurWahrung seiner Verteidigungsmoeglichkeiten hat daher die Deutsche Reichsregierung mit dem heutigen Tage die volle und uneingeschraenkte Souveraenitaet des Reiches in der demilitarisierten Zone des Rheinlandes wiederhergestellt.

Um aber jeder Missdeutung ihrer Absichten vorzubeugen und den rein definitiven Charakter dieser Massnahmen ausser Zweifel zu stellen, sowohl ihrer ewig gleichbleibenden Sehnsucht nach einer wirklichen Befriedigung Europas zwischen gleichberechtigten und gleichgeachteten Staaten Ausdruck zu verleihen, erklaert sich die Deutsche Reichsregierung bereit auf der Grundlage der nachstehenden Vorschlaege neue Vereinbarungen fuer die Aufrichtung eines Systems der europaeischen Friedenssicherung zu treffen.

1. Die Deutsche Reichsregierung erklaert sich bereit, mit Frankreich und Belgien ueber die Bildung einer beiderseitigen entmilitarisierten Zone sofort in Verhandlungen einzutreten und einem solchen Vorschlag in jeder Tiefe und Auswirkung unter der Voraussetzung der vollkommenen Paritaet von vornherein ihre Zustimmung zu geben.

2. Die Deutsche Reichsregierung schlaegt vor, zum Zweck der Sicherung der Unverletzbarkeit und Unverletzbarkeit der Grenzen im Westen einen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien abzuschliessen, dessen Dauer sie bereit ist, auf 25 Jahre zu fixieren.

3. Die Deutsche Reichsregierung wuenscht England und Italien einzuladen, als Garantiermaechte diesen Vertrag zu unterzeichnen.

4. Die Deutsche Reichsregierung ist einverstanden, falls die Koeniglich Niederlaendische Regierung es wuenscht und die anderen Vertragspartner es fuer angebracht halten, die Niederlande in dieses Vertragssystem einzubeziehen.

5. Die Deutsche Reichsregierung ist bereit zur weiteren Verstaerkung dieser Sicherheitsabmachungen zwischen den Westmaechten einen Luftpakt abzuschliessen, der geeignet ist, der Gefahr ploetzlicher Luftangriffe automatisch und wirksam vorzubeugen.

6. Die deutsche Reichsregierung wiederholt ihr Angebot, mit den im Osten an Deuschland grenzenden Staaten aehnlich wie mit Polen Nichtangriffspakte abzuschliessen. Da die Litauische Regierung in den letzten Monaten ihre Stellung dem Memelgebiet gegenueber einer gewissen Korrektur unterzogen hat, nimmt die deutsche Reichsregierung die Litauen betreffende Ausnahme, die sie einst machen musste, zurueck und erklaert sich unter der Voraussetzung eines wirksamen Ausbaues der garantierten Autonomie des Memelgebietes bereit, auch mit Litauen einen solchen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen.

7. Nach der nunmehr erreichten endlichen Gleichberechtigung Deutschlands und der Wiederherstellung der vollen Souveraenitaet ueber das gesamte deutsche Reichsgebiet steht die deutsche Reichs-

H0724-0017

(Seite 352)

regierung den Hauptgrund fuer den seinerzeitigen Austritt aus dem Voelkerbund als behoben an. Sie ist daher bereit, wieder in den Voelkerbund einzutreten. Sie spricht dabei die Erwartung aus, dass im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Voelkerbundsstatuts von seiner Versailler Grundlage geklaert wird.

(zit. aus Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1935/36, 3. Band, Seite 332.)

Fuer die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

(gez. Frhr. v. Luedinghausen

Dr. Frhr. v. Luedinghausen
Rechtsanwalt und Notar)

H0724 – 0018

H0724-0019

Neurath Nr. 112

Defense Exhibit Nr.....

Amtliche Erklaerung der deutschen

Reichsregierung vom 12.3.36.

(zit. aus: "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" 1935/36,
3. Band, Seite 373)

H0724 -0020

Neurath Nr.....

Defense Exhibit Nr.....

3. Frankreich hat nunmehr ein weiteres Militaerbuendnis abgeschlossen mit Sowjetrussland. Das funktionieren dieses Buendnisses ist aber nicht mehr abhaengig von einer vorliegenden Feststellung des Voelkerbundes, sondern von in eigener Sache zu treffenden Entscheidungen. Dieses neue Buendnis erhaelt jedoch seinen besonderen Charakter durch die unbestrittene Tatsache, dass das geistige System der heutigen Regimen in Russland nicht nur theoretisch, sondern auch tatsaechlich die Weltrevolution fordert, d.h., seine bewusst imperialistische und angriffsweise Parole verkuendet.

Schon vor dem Abschluss dieses Buendnisses hatte Frankreich als Garanten fuer seine Unversehrtheit:

a) sich selbst, d.h, das Mutterland und Kolonien mit nahezu 100 Millionen Menschen,
b) Grossbritanien,
c) Belgien,
d) Polen
e) die Tschechoslowakei,

durch den Vertrag von Locarno war endlich auch noch Italien als Garantiemacht hinzugekommen.

4. Zu dieser geschichtlich noch nie dagewesenen Garantie der Unversehrtheit eines Staates glaubte Frankreich sich noch ausserdem der Unterstuetzung des sowjetrussischen Riesenreiches mit ueber 175 Millionen Menschen versichern zu muessen.

Dazu muss bemerkt werden, dass von deutscher Seite aus nie, als auch nur der geringste Anlass gegeben wurde, der auf eine Bedrohung Frankreichs haette schliessen koennen; dass Deutschland gegen die defensiven Sicherungen, die Frankreich glaubte fuer seine Unver-

H0724 -0021

sehrtheit vornehmen zu muessen, keinen Einwand erhoben hatte, da ihm aggressive Absichten vollstaendig fehlten, und dass es damit auch keinerlei Bedenken wegen dieser franzoesischen Sicherungsmassnahmen vortrug.

Es ergibt sich damit folgende tatsaechliche Situation:

Frankreich hat zum Schutz seiner bedroht behaupteten Unabhaengigkeit

1. das groesste Festungsnetz aller Zeiten an der deutschen Grenze errichtet;

2. als Garanten seiner Unversehrtheit legal gebunden Grossbritannien mit seinen gesamten Streitkraeften zu Lande und zur See, Italien, Belgien, Polen, die Tschechoslowakei, Russland mit allein mehr als 17 Millionen Soldaten und Frankreich selbst.

Diese Staaten besitzen eine Friedensstaerke von ueber drei Millionen Mann, eine Kriegsstaerke von rund dreissig Millionen Mann.

H0724-0022

Sie wuenscht daher auch nichts sehnlicher, als Mit Frankreich und den anderen europaeischen Maechten in aufrichtige Verhandlungen einzutreten ueber die Realisierung dieses Planes, und sie hat deshalb, um von der franzoesischen Volksseele auch jeden Schein eines bedrueckenden Fait accompli oder gar einer Bedrohung zu nehmen, die Remilitarisierung ihres eigenen Gebietes zunaechst in einer Form vollzogen, die tatsaechlich nur als symbolhaft zu werten ist.

Sie ist weiterhin, wenn dies als nuetzlich empfunden wird, bereit, fuer die Dauer der Verhandlungen zu erklaeren, dass sie hierin unter Voraussetzung einer analogen Einstellung der franzoesischen und Belgischen Regierung auch keine Aenderung eintreten lassen wird,

Sie wuerde jedoch unter keinen Umstaenden auf irgendwelche souveraenen Hoheitsrechte Verzicht leisten in der Ueberzeugung, dass damit auch die zukuenftige Befriedigung Europas schon wieder auf solchen erzwungenen Verzichten und damit moralischen Diskriminierungen aufgebaut wuerde, die dann den Keim der nagenden Schande einerseits und damit der latenten Unzufriedenheit andererseits in sich tragen muessten. Was aber die Deutsche Regierung anstrebt, ist nicht der Abschluss von Vertraegen, die, weil fuer ein ehrliebendes und anstaendiges Volk mit moralischen Belastungen verknuepft, aeusserlich und innerlich doch wieder unglaubhaft blieben, sondern die Herstellung einer wirklichen und tatsaechlichen Befriedigung Europas fuer das naechste Vierteljahrhundert. Und zwar einer Befriedigung, die in sich den Charakter einer unbedingten europaeischen Rechtsordnung besitzt, die sich aufbaut,

H0724-0023

auf den freien Entschluessen gleichberechtigter europaeischer Voelker und Staaten. Und nur was unter solchen Voraussetzungen dann unterzeichnet wird, kann infolge seiner Uebereinstimmung mit den Ehrbegriffen der Nationen auch mit Ehren gehalten werden und wird, insoweit es sich um Deutschland handelt, genau so ehrenhaft eingehalten werden.

H0724-0024

Exhibit Neurath Nr. 113

Mitteilung des deutschen Botschafters in London vom 12.3.1936 an den englischen Aussenminister Eden.

(zit. aus: "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" 1936/35, Band 3, Seite 373)

H0724-0025

Exhibit Neurath Nr.....

Um der franzoesischen Regierung ein Eingehen auf die deutschen Vorschlaege zu erleichtern, will der Fuehrer und Reichskanzler aber seine von Anfang an bekundete Absicht, die Wiederherstellung der Souveraenitaet im Rheinland zunaechst nur symbolisch in Erscheinung treten zu lassen, in folgender Weise praezisieren:

Die Staerke der im Rheinland friedensmaessig in Garnisonen stationierten Truppen wird vorerst nicht erhoeht werden.

Es besteht bis auf Weiteres nicht die Absicht diese Truppen naeh an die franzoesische oder belgische Grenze heranzufuehren.

Das vorstehend gekennzeichnete Mass der militaerischen Wiederbesetzung des Rheinlandes gilt fuer die Dauer der schwebenden Verhandlungen. Dies setzt allerdings eine gleiche Einstellung auch auf franzoesischer und belgischer Seite vorraus.

(zit aus: "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" 1936/35
Band 3, Seite 373)

Ich bescheinige hiermit, dass vorstehende Abschrift der Mitteilung des deutschen Botschafters in London vom 12.3.36 an den englischen Aussenminister Eden, mit dem mir vorliegenden Text aus "Weltgeschich' der Gegenwart in Dokumenten" 1935/36, woertlich uebereinstimmt.

.....

(Dr. Frhr.v.Luedinghausen)
Rechtsanwalt und Notar.

H0724-0026

Neurath Nr. 116

Defense Exhibit No.....

Denkschrift der deutschen Reichsregierung vom 31.3.36 (am 1.4.36 durch den ausserordentlichen Botschafter von Ribbentrop der englischen Regierung ueberreicht)

(zit. aus "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" 1935/36, 3. Band Seite 429)

H0724-0027

Zu diesem Zwecke schlaegt die Deutsche Regierung nun folgenden Friedensplan vor:

1. Um den kommenden Abmachungen fuer die Sicherung des europaeischen Friedens den Charakter heiliger Vertrage zu verleihen, nehmen an ihnen die in Frage kommenden Nationen nur als vollkommen gleichberechtigte und gleichgeachtete Glieder teil. Der einzige Zwang fuer die Unterzeichnung dieser Vertraege kann nur in der sichtbaren, von allen erkannten Zweckmaessigkeit dieser Abmachungen fuer den europaeischen Frieden und damit fuer das soziale Glueck und das wirtschafliche Wohlergehen der Voelker liegen.

2. Um die Zeit der Unsicherheit im Interesse des wirtschaftlichen Lebens der europaeischen Voelker moeglichst abzukuerzen, schlaegt die Deutsche Regierung vor, den ersten Abschnitt bis zur Unterzeichnung der Nichtangriffspakte und damit der garantierten europaeischen Friedensicherung auf vier Monate zu begrenzen.

3. Die Deutsche Regierung versichert unter der Voraussetzung eines sinngemaessen gleichen Verhaltens der Belgischen und Franzoesischen Regierung, fuer diesen Zeitraum keinerlei Verstaerkung der im Rheinland befindlichen Truppen vorzunehmen.

4. Die Deutsche Regierung versichert, dass sie die im Rheinland befindlichen Truppen waehrend dieses Zeitraumes nicht naeher an die belgische und franzoesische Grenze heranfuehren wird.

5. Die Deutsche Regierung schlaegt zur Garantierung dieser beiderseitigen Versicherungen die Bildung einer Kommission vor, die sich aus Vertretern der beiden Garantiemaechte England unf Italien und einer desinteressierten neutralen dritten Macht zusammensetzt.

6. Deutschland, Belgien und Frankreich sind berechtigt, je einen Vertreter in diese Kommission zu entsenden. Deutschland, Belgien und Frankreich besitzen das Recht, dann, wenn sie glauben, aus bestimmten Vorgaengen auf eine Veraenderung der militaerischen Verhaeltnisse innerhalb dieses Zeitraumes von vier Monaten hinweisen zu koennen, ihre Wahrnehmungen der Garantiekommission mitzuteilen.

7. Deutschland, Belgien und Frankreich erklaeren sich bereit, in einem solchen Fall zu gestatten, dass diese Kommission durch die englischen und italienischen Militaerattaches notwendige Feststellungen treffen laesst und hierueber den beteiligten Maechten berichtet.

8. Deutschland, Belgien und Frankreich versicheren, dass sie die sich daraus ergebenden Beanstandungen im vollen Umfange beruecksichtigen werden.

9. Im uebrigen ist die Deutsche Regierung bereit, auf der Basis voller Gegenseitigkeit mit ihren beiden westlichen Nachbarn jeder militaerischen Beschraenkung an der deutschen Westgrenze zuzustimmen.

10. Deutschland, Belgien und Frankreich und die beiden Garantiemaechte kommen ueberein, dass sie, sofort oder spaetestens nach Abschluss der franzoesischen Wahlen, unter Fuehrung der Britischen Regierung in Beratungen eintreten ueber den Abschluss eines 25 jaehrigen Nichtangriffs bezw. Sicherheitspaktes zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits.

11. Deutschland ist einverstanden, dass in diesem Sicherheitsabkommen England und Italien wieder als Garantiemaechte unterzeichnen.

12. Sollten sich aus diesen Sicherheitsabkommen besondere militaerische Beistandsverpflichtungen ergeben, so erklaert sich Deutschland bereit, auch seinerseits solche Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

H0724-0028

13. Die Deutsche Regierung wiederholt hiermit den Vorschlag fuer den Abschluss eines Luftpaktes als Ergaenzung und Verstaerkung dieser Sicherheitsabmachungen.

14. Die Deutsche Regierung wiederholt, dass sie bereit ist, falls die Niederlande es wuenschen, auch diesen Staat in dieses westeuropaeische Sicherheitsabkommen einzubeziehen.

15. Um dem Werk dieser aus freiem Willen erfolgenden Friedenssicherung zwischen Deutschland einerseits und Frankreich andererseits den Charakter eines versoehnenden Abschlusses einer jahrhundertelangen Entzweiung zu geben, verpflichten sich Deutschland und Frankreich, darauf hinzuwirken, dass in der Erziehung der Jugend der beiden Nationen sowohl als in oeffentlichen Publikationen alles vermieden wird, was als Herabsetzung, Veraechtlichmachung oder unpassende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite geeignet sein koennte, die Einstellung der beiden Voelker gegeneinander zu vergiften. Sie kommen ueberein, eine gemeinsame Kommission am Sitze des Voelkerbundes in Genf zu bilden, die beauftragt sein soll, einlaufende Beschwerden den beiden Regierungen zur Kenntnisnahme und Ueberpruefung vorzulegen.

16. Deutschland und Frankreich verpflichten sich, im Verfolg der Absicht, dieser Abmachung den Charakter eines heiligen Vertrages zu geben, die Ratifizierung durch eine Abstimmung von den beiden Voelkern selbst vornehmen zu lassen.

17. Deutschland erklaert sich bereit, seinerseits in Verbindung zu treten mit den Staaten an seiner Suedost-und Nordostgrenze, um diese zum Abschluss der angebotenen Nichtangriffspakte unmittelbar einzuladen.

18. Deutschland erklaert sich bereit, sofort oder nach Abschluss dieser Vertraege wieder in den Voelkerbund einzutreten. Die Deutsche Regierung wiederholt dabei ihre Erwartung, dass im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Voelkerbundssatuts von seiner Versailler Grundlage erklaert wird.

19. Deutschland schlaegt vor, ein inaternationales Schiedsgericht zu bilden, dass fuer die Einhaltung dieses Vertragswerkes zustaendig sein soll und dessen Entscheidungen fuer alle bindend sind.

Nach dem Abschluss eines solchen grossen Werkes der europaeischen Friedenssicherung haelt es die Deutsche Reichsregierung fuer dringend notwendig, Versuche zu unternehmen, einem uferlosen Wettruesten durch praktische Massnahmen Einhalt zu gebieten. Sie wuerde darin nicht nur eine Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Voelker sehen, sondern vor allem eine psychologische Entspannung.

Die Deutsche Reichsregierung verspricht sich aber nicht von dem Versuch universaler Regelungen, der von vornherein zum Scheitern verurteilt sein wuerde und daher nur von denen vorgeschlagen werden kann, die am Zustandekommen eines praktischen Ergebnisses nicht interessiert sind. Sie glaubt, dass dem gegenueber die Verhandlungen und Ergebnisse auf dem Gebiet der Beschraenkung maritimer Ruestungen belehrend und anregend wirken koennen.

Die Deutsche Reichsregierung schlaegt daher vor, die spaetere Einberufung von Konferenzen mit jeweils nur einer aber klar umrissenen Aufgabe.

Sie sieht es als die zunaechst wichtigste Aufgabe an, den Luftkrieg in die moralische und menschliche Atmosphaere der seinerzeit durch die Genfer Konvention dem Nichtkriegsteilnehmer oder dem Verwundeten zugebilligten Schonung zu bringen. So wie die Toetung wehrloser Verwundeter oder Gefangener oder die Verwendung von

H0724-0029

Dundumgeschossen oder die Fuehrung des warnungslosen U-Boot-Krieges durch internationale Konventionen geregelt, bezw. verboten worden sind, muss es einer zivilisierten Menschheit gelingen, auch auf den Gebieten neuer Waffenanwendung die Moeglichkeit einer sinnlosen Entartung zu unterbinden, ohne dem Zweck der Kriegfuehrung zu widersprechen.

Die Deutsche Regierung schlaegt daher fuer diese Konferenzen zunaechst als praktische Aufgaben vor:

1. Verbot des Abwurfes von Gas-, Gift - und Brandbomben.

2. Verbot des Abwurfes von Bomben jeglicher Art auf offene Ortschaften, die sich ausserhalb der Reichsweite der mittleren schweren Artillerie der kaempfenden Fronten befinden.

3. Verbot der Beschiessung von Ortschaften mit weittragenden Kanonen ausserhalb einer Gefechtszone von 20 km.

4. Abschaffung von Verbot des Baues von Tanks schwerster Art.

5. Abschaffung und Verbot schwerster Artillerie.

Sowie sich aus solchen Besprechungen und Abmachungen die Moeglichkeit der weiteren Begrenzung der Ruestungen ergeben, sind diese wahrzunehmen.

Die Deutsche Regierung erklaert sich schon jetzt bereit, jeder solche Regelung, soweit sie international gueltig wird, beizutreten.

Die Deutsche Reichsregierung glaubt, dass, wenn auch nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Abrüstung gemacht ist, dies von ausserordentliche sein wird und damit auch fuer die Wiederkehr jenes Vertrauens, das die Voraussetzung fuer die Entwicklung von Handel und Wohlstand bildet.

(zit. aus: "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1935/36, 3. Band, Seite 429)

Fuer die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Frhr. v. Luedinghausen

(Dr. Frhr. v. Luedinghausen
Rechtsanwalt und Notar.)

Neurath Nr. 117

Defense Exhibit Nr.....

Auszug aus

"Europäische Politik 1933/38

im Spiegel der Prager Akten"

von Prof. Dr. F. Berber

Essener Verlagsanstalt, 1941

Seite: 61, Nr. 65.

H0724 — 0030

"Der deutsche Friedensplan eignet sich als Verhandlungs-grundlage."

Der französische Friedensplan wurde von den hiesigen Regierungskrisen nicht besonders günstig aufgenommen. Es wird zwar mit Dank anerkannt, dass der Plan auf dem Boden des Völkerbundes und der kollektiven Sicherheit bleibt, doch werden die französischen Vorschläge als akademisch, unklar und zu ambitiös angesehen. Sie mengen angeblich die verschiedensten Gedanken und Systeme durcheinander. Das Hauptbemühen muss bleiben, dass die Möglichkeit einer Verhandlung mit Deutschland nicht ausgeschlossen werde, und al Grundlage einer solchen Verhandlung eigne sich besser der deutsche Plan, der den grossen Vorteil der Einfachheit hat. Damit ist allerdings nicht gesagt, dass der Hitlerplan nich grosser und wesentlicher Änderungen bedürfe; die französische Regierung würde jedoch besser getan haben, wenn sie praktische Abänderungsvorschäge vorgelegt hätte, die den deutschen Plan in ein allgemeines System der kollektiven Sicherheit hineingebracht hätten.

Wenn die französische Regierung und die Öffentlichkeit Hitler vorwirft, dass seine Worte nicht mit seinen Taten übereinstimmen, so verdient einen ähnlichen Vorwurf in eine beträchtlichen Masse auch die heutige französische Aussenpolitik. Der französische Plan verkündet die Treue zum Völkerbund; das Verhalten der französischen Regierung in der abessinischen Frage stellt jedoch diese Treue in ein einige massen sonderbares Licht. Es scheint klar zu sein, dass es in einer grossen Masse die Schuld Frankreichs ist, wenn der Konflikt des Völkerbundes mit Italien sich für die Genfer Einrichtung so wenig günstig entwickelt.

H0724 – 0031

Neurath Nr. 118

Defense Exhibit Nr.....

Abkommen

Zwischen dem Reich und der Österreichischen Bundesregierung vom 11.7.1936 über die Regelung der deutsch-österreichischen Beziehungen.

(zit. aus: "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1937/38. 5. Band, Seite 169/70)

H0724 – 0032

Neurath Nr.....

Defense Exhibit Nr.....

Abkommen zwischen dem Reich und der österreichischen Bundesregierung vom 11.7.1936 über die Regelung der deutsch-österreichischen Beziehungen.

In der Überzeugung, der europäischen Gesamtentwicklung zur Aufrechterhaltung des Friedens eine wertvolle Förderung zuteil werden zu lassen, wie in dem Glauben, damit am besten den vielgestaltigen wechselseitigen Interessen der beiden deutschen Staaten zu dienen, haben die Regierungen des Deutschen Reichs und des Bundesstaates Österreich beschlossen, ihre Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten.

Aus diesem Anlass wird erklärt:

1. Im Sinne derFeststellungen des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die deutsche Reichsregierung die volle Souveränität des Bundesstattes Österreich.

2. Jeder der beiden Regierungen betrachtet die in dem anderen Lande bestehenden innenpolitischen Gestaltung, einschliesslich der Frage des österrreichischen Nationalsozialismus, als eine innere Angelegenheit des anderen Landes, auf die sie weder unmittelbar noch mittelbar Einwirkung nehmen wird.

3. Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reiche, stets auf jener grunsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, dass Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht. Hierdurch werden die Römer-Protokolle ex 1934 und deren Zusätze ex 1936 sowie die Stellung Österreichs zu Italien und Ungarn als den Partner dieser Protokolle nicht berührt.

In der Erwägung, dass die von beiden Seiten gewünschte Entspannung sich nur verwirklichen lassen wird, wenn dazu gewisse Vorbedingungen seitens der Regierung beider Länder erstellt werden, wird die Reichsregierung sowohl wie die österreichische Bundesregierung in einer Reihe von Einzelmassnahmen die hierzu notwendigen Voraussetzungen schaffen.

(zit. aus:"Weltgeschichte der Gegengwar in Dokumenten 1937/38 5. Band, Seite 169/70).

H0724 –0033

Neurath Nr. 119

Defense Exhibit Nr.....

Aus der

Erklärung des Parlamentssekretärs der Admiralitat Shakespeare im Unterhaus anlässlich der Ratifikation des Londoner Flottenabkommens am 2o.VII.1936

(aus: "Das Archiv" 1937, S. 449).

H0724-0034

Exhibit Neurath Nr.....

Aus der

Ratifikation des Londoner Flottenvertrages von 1936.

In Laufe der Unterhausaussprache über den Londoner Flottenvertrag erklärte der Parlamentsekretär der Admiralität S h a k e s p e a r e , am 20.Juli zum d e u t s c h - e n g l i s c h e n Flottenabkommen (siehe oben).:

Er wollte offiziell die verständige Haltung anerkennen, mit der Deutschland in diese Verhandlungen eingetreten ist. Tatsächlich gäbe es im gegenwärtigen Augenblick n u r e i n e A r t v o n R ü s t u n g s b e g r e n z u n g in der ganzen Welt, nämlich d a s q u a n t i t a t i v e d e u t s c h - e n g l i s c h e F l o t t e n a b k o m m e n v o n 1935, das auf beiden Seiten eingehalten worden sei und e i n V o r b i l d darstelle; wenn sich Schwierigkeiten ergeben hätten, dann seien diese stets durch einen freundschaftlichen Meinungsaustausch geregelt worden. Dieses deutsch-englische Abkommen sei der Angelpunkt gewesen, um den sich die nachfolgenden Verhandlungen gedreht haben.

(zit. aus: "Das Archiv" von 1937, Seite 449).

Ich bescheinige hiermit, dass vorstehende auszugsweise Abschrift aus dem "Archiv" mit dem mir vorliegenden Text des "Archivs" wörtlich übereinstimmt.

(Dr. Frhr. v. Lüdinghausen)
Rechtsanwalt und Notar.

H0724-0035

Neurath Nr. 120
Defense Exhibit Nr.....

Auszug aus:

Dekret der Volkskommissare
vom 11.8.1936 über die
Herabsetzung des Dienst-
pflichtigen Alters.

(zit. aus: "Weltgeschichte der
Gegenwart in Dokumenten 1937/38,
5. Band, Seite 46/47."

H0724 – 0036

Neurath Nr.....

Defense Exhibit Nr.....

Auszug aus dem Dekret der Volkskommissare vom 11.8.1936 über die Herabsetzung des dienstpflichtigen Alters.

In Anbetracht der gebesserten körperlichen Verfassung der Sowjetjugend, die ihren Grund in dem erhöhten Wohlstand der Bevölkerung und in der weiten Vorbereitung von Sport und Körperkultur in der UdSSR. hat, und da die Einberufung der Jugend zu einem früheren Zeitpunkt es möglich machen wird, dass sie ihre Arbeit in der gewählten Laufbahn oder im Studium ohne Unterbrechung durchführen kann, verordnen das Zentralexekutivkomitee und der Rat der Volkskommissare,

1. dass die Ergänzung zu Artikel 10 des Gesetzes über die Militärdienstpflicht vom 13.8.1930 (Gesetze der UdSSR. 1930, No. 40, Artikel 424) das Alter für die Einziehung der Staatsbürger zum aktiven Dienst in der Roten Arbeiter - und Bauernarmee auf 19 Jahre (anstatt 21) zum Januar des Einziehungsjahres festgesetzt wird;

2. dass es dem Volkskommissar für Verteidigung übertragen wird, den Übergang zu dem Dienstalter von 19 Jahren innerhalb von 4 Jahren, von 1936 bis 1939 inkl. durchzuführen durch die jährliche Einziehung von 1 1/2 Jahrgängen: nämlich 1936 den ganzen Jahrgang 1914 und einen halben von 1915; 1937 die übrige Hälfte von 1915 und den ganzen Jahrgang 1916; 1938 den ganzen Jahrgang 1917 und einen halben von 1918; 1939 die restliche Hälfte von 1918 und den ganzen Jahrgang 1919. Von 1940 an wird man zu der normalen Einberufung eines einzigen Jahrganges zurückkehren.

(zit. aus: "Weltgeschichte der Gegenwart" in Dokumenten 1937/38 5. Band, Seite 46/47.)

Für die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Frhr. v. Lüdinghausen

(Dr. Frhr. v. Lüdinghausen
Rechtsanwalt und Notar.)

H0724-0037

Neurath Nr. 122

Defense Exhibit Nr.....

Communiqué vom 8.6.1937 über
den Besuch des Reichsaussenministers
von Neurath in Belgrad.

(zit. aus: "Weltgeschichte der
Gegenwart in Dokumenten"
Band 5, Seite 315.)

H0724 - 0038

H0724-0039

So hat der Besuch des Reichsministers in der jugoslawischen Hauptsadt auf beiden Seiten die Überzeugung gefestigt, dass die Politik beider Staaten dem gleichen Ziele dient und einen wesentlichen Beitrag zur Befriedigung in Europa darstellt.

(zit. aus: "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten", Band 5, Seite 315).

Für die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

Frhr. v. Lüdinghausen

(Dr. Frhr. v. Lüdinghausen)
Rechtsanwalt und Notar.

Neurath Nr. 123

Defense Exhibit Nr.....

Communiqué vom 1o.6.1937 über
den Besuch des Reichsaussenministers
von Neurath in Sofia.

(zit. aus: "Weltgeschichte der Gegenwar in Dokumenten", Band 5, Seite 316).

H0724 - 0040

H0724-0041

Der Besuch des deutschen Aussenministers in Sofia hat nicht nur den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Bulgarien lebendigen Ausdruck verlichen, er bildet darüber hinaus vielmehr auch einen erneuten wertvollen Beitrag dafür, die Befriedung unter den Völkern zu fördern und den allgemeinen Frieden zu dienen.

(zit. aus: "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten", Bad 5, Seite 316).

Frhr. v. Lüdinghausen
(Dr. Frhr. v. Lüdinghausen)
Rechtsanwalt und Notar.

Neurath Nr. 124

Defense Exhibit Nr.....

Communiqué vom 14.6.1937 über
den Besuch des Reichsaussenministers
von Neurath in Budapest.

(zit. aus: "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten",
Band 5, Seite 317).

H0724 – 0042

H0724 – 0043

Gelegentlich dieser Besprechungen wurde mit besonderer Genugtuung zum Ausdruck gebracht, dass zwischen beiden Regierungen volle Einmütigkeit in der Hinsicht besteht, dass ihre Länder alle auf eine Blockbildung abzielenden Versuche ablehnen und dem Werke des Friedens auch in der Zukunft auf dem von inen bisher befolgten Wege dienen werden: anstatt Scheidewände zwischen den Staaten aufzurichten, einen Ausgleich der in Betracht kommenden Interessen und eine endgültige Befriedung anzustreben.

Die Beratungen haben ausserdem Gelegenheit geboten festzustellen, dass die Auffassungen der beiden Regierungen auch in den anderen zur Sprache gebrachten Fragen vollkommen übereinstimmen, und dass die beiden Regierungen entschlossen sind, die zwischen Deutschland und Ungarn unverändert bestehenden freundschaftlichen Beziehungen auch weiterhin zur Erreichung ihrer friedlichen Ziele zu entwickeln.

(zit. aus: "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten", Band 5, Seite 317.)

Frhr. v. Lüdinghausen
(Dr. Frhr. v. Lüdinghausen)
Rechtsanwalt und Notar,

Exhibit Neurath Nr. 125

Aus einem

Vortrag des Amerikanischen Unterstaatssekretär W e l l e s am 7.7.37 über den Versailler Vertrag und Europa.

(zit. aus "Das Archiv" 1937, Seite 452

H0724 – 0044

Exhibit Neurath Nr.

Der hauptsächliche Grund für das Fehlschlagen war aber die Einfügung des tragischen Versailler Vertrages in den Völkerbundspakt, wodurch sich der Völkerbund gerade in seiner ersten formgebenden Periode zu einem Mittel machte, die U n g e r e c t i g k e i t e n u n d d i e u n e r t r ä g l i c h e n m o r a l i s c h e n u n d m a t e r i e l l e n L a s t e die die Sieger den Besiegten auferlegt hatten, für unbestimmte Zeit fortzusetzen.

H0724 – 0045

Neurath No 126

Defense Exhibit No .....

Frhr. v. Neurath und Rudolf Hess sprechen in der Adolf Hitler - Kampf bahn am 29.8.37 aus : "Das Archiv" Band 40-42-Seite 650/51

H0724 – 0046

Neurath Nr. .....

Defense Exhibit No .....

Frhr. von Neurath legte die Grundsätze der deutschen Aussenpolitik und die Bedeutung des Auslanddeutschtums für das Reich dar.

Ebenso offen liegt aber zutage

H0724-0047

dass die Erfüllung aller der Aufgaben, die uns durch die Existenz des Auslandsdeutschtums gestellt sind von einer GRUNDVORAUSSETZUNG abhängt, derselben Voraussetzung, die überhaupt für die gesammte Aussenpolitik entscheidend ist: Deutschland, der deutsche Staat, die deutsche Volksgemeinschaft, müssen als EINE FEST GESCHLOSSENE UNERSCHÜTTERLICHE VON DEM GLEICHEN STARKEN WILLEN BESEELTE EINHEIT dastehen, wenn wir uns als Volk und Staat im Kräftespiel der Weltpolitik behaupten und durchsetzen wollen. Und nur auf dieser Grundlage kann auch das Auslandsdeutschtum seine Mission erfüllen, sich fest in sich zusammenschliessen und seiner Verbundenheit mit der Heimat gewiss sein."

Die von Nationalsozialismus mit beispiellosem Elan geschaffene Einheit des Volks- und Staatswillens hat eine Aussenpolitik ermöglicht, durch die Fesseln des Versailler Diktates gesprengt, die Wehrhoheit wiedergewonnen und die Souveränität im ganzen Staatsgebiet wieder hergestellt wurde. "Wir sind überhaupt WIDER HERR IM EIGENEN HAUSE geworden und haben uns die Machtmittel geschaffen, dass nun auch in aller Zukunft zu bleiben." Wir haben mit unseren aussenpolitischen Aktionen niemanden etwas genommen, was ihm gehört; wir haben kein fremdes Land verletzt, kein fremdes Volk bedroht. "Die Welt sollte aus den Worten und Taten Adolf Hitlers erkannt haben, dass seine ZIELE KEINE AGRESSIVEN SIND! Die unnachgiebige Verständnislosigkeit gegenüber unserem unversichtbaren Anspruch auf Gleichberechtigung hat dazu beigetragen, uns zum schnelleren Erwachen zu verhelfen, und da, wo man uns ungerecht behandeln oder gar angreifen will üben wir mehr die schwächliche Geduld einer vergangenen Nachkriegsperiode. Aber diese Haltung des neuen Deutschlands, ist d: Wahrheit DAS STÄRKSTE BOLLWERK FÜR DIE SICHERUNG DES FRIEDENS und wird sinh in einer unruhig bewegten Umwelt immer mehr als ein solches erweisen. Gerade weil wir die Gefahr bestimmter zersetzenden Tendenzen, wie sie sich in Europa geltend zu mache suchen klar erkannt haben, suchen wir nicht nach dem trennenden sondern nach dem Verbindenden zwischen den

H0724 - 0048

H0724 - 0049

Staaten und Völkern. Wir denken nicht an Politische Isolierung. Wir erstreben eine POLITISCHE ZUSAMMENARBEIT der Regierungen, eine Zusammenarbeit, die wenn sie Erfolg haben soll, allerdings nicht auf theoretischen Kollektivitätsideen, sondern auf der LEBENDIGEN REALITÄT beruhen und sich den konkreten Aufgaben der Gegenwart zuwenden muss. Mit Genugtuung können wir feststellen, dass wir in der Verfolgung einer solchen realen Friedenspolitik "Hand in Hand mit dem uns befreundeten Italien gehen. Das rechtfertigt die Hoffnung, dass wir auch mit den anderen Regierungen zu einer freundschaftlichen Verständigung über die wichtigen aktuellen Fragen der Aussenpolitik gelangen."

Exhibit Neurath Nr. 127

Aus

"Ehrengäste des Parteitages 1937"
(zit. aus "Das Archiv v. 1937
Seite 658)

H0724 – 0050

H0724-0051

Exhibit Neurath Nr.

Aus

"Ehrengäste des Parteitages 1937"

Vom D i p l o m a t i s c h e n K o r p s waren die Botschafter von Frankreich, der Türkei, von Polen, Japan, Italien, Chile, China, Brasilien, Argentinien, Grossbritanien und Spanien der Einladung des Führers gefolgt; ferner die Gesandten von 16 europäischen 14 aussereuropäischen Ländern und die Geschäftsträger von 7 Ländern.

(zit. aus "das Archiv" von 1937, Seite 658)

Ich bescheinige hiermit, dass vorstehende auszugsweise Abschrift aus dem "Archiv"1937, mit dem mir vorliegenden Text des "Archiv"'s wörtlich übereinstimmt.

(Dr. Frhr. v. Lüdinghausen)
Rechtsanwalt und Notar.

H0724-0052

Neurath Nr. 128

Defense Exhibit No .....

Freiherr von Neurath über Völkerrecht und Völkerbund am 30.X. 1937.

(zit.aus:" Das Archiv" 1937 Band 43 bis 45, S. 920

Neurath Nr. .....

Defense Exhibt Nr. .....

--- An Hand der Einzelheiten des nicht mehr aktuellen Planes eines sogenannten O s t p a k t e s legte Frhr.v.Neurath die Schwierigkeiten und inneren Widersprüche der Idee solcher R e g i o n a l p a k t e dar.

" Ich bin überzeugt, dass sich die gleichen oder ähnlichen Bedenken auch in anderen Fällen ergeben würden, in denen man ein so chematisches Gebilde wie ein unbedigtes g e g e n s e i t i g e s B e i s t a n d s s y s t e m , für eine mehr oder weniger .....

H0724-0053

grosse Gruppe von Staaten einführen wollte.

Nach allen Erfahrungen in und ausser dem Völkerbund kann es als ein sicheres Gesetz gelten, dass ein w i r k s a m e r o r g a n i s a t o r i s c h e r nur insoweit möglich ist, als er ausschliesslich zur Erreichung von Zielen dient, an deren Erreichung diese Staaten alle das gleiche Interesse haben. Aus der Erkenntnis dieser elementaren Tatsache heraus, ist die Reichsregierung stets dafür eingetreten jedes konkrete internationale Problem, nach den gerade dafür geeigneten Methoden zu behandeln, es nicht unnötig durch die Verquickung mit anderen Problemen zu komplizieren und, soweit es sich um Probleme zwischen nur 2 Mächten handelt, dafür auch den Weg u n m i t t e l b a r e r V e r s t ä n d i g u n g zwischen diesen bieden Mächten zu wählen. Wir können uns darauf berufen, dass sich diese politische Methode nicht nur im deutschen sondern auch im allgemeinen Interesse voll b e w ä h r t hat."

H0724-0054

Neurath Nr. 129

Defense Exhibit No .1.....

Extract from Sir Nevile Henderson, Failure of a Mission, Berlin 1937-1939, P.122/23.

H0724-0055

Neurath Nr. .....

Defense Exhibit .....

Sir Nevile Henderson, Failure of a Mission, P. 122/23.

Nevertheless I still do not believe, any more than I did at the time that the rape of Austria in the form which it finally took place and on the date which it occurred was definitely premeditated. Hitler would have preferred to incorporate his native Austria into Germany by what he regarded as peaceful means. However clear in his mind, he may have been as to his ultimate ends, the decision as to the men for achieving them always depended upon the development of events, and was never taken till last moment. .....

.....Herr von Ribbentrop was at the time in London, whither he had proceeded to present his letters of recall - another fairly evident proof of the unpremeditated moment for the "rape". As Minister for Foreign Affairs he would never have absented himself from Berlin at that moment if he could have anticipated it, and he, in fact, endeavoured to return immediately, but was told to remain where he was.

I hereby certify that this is a true and exact copy of the original text.

s. Dr. Freiherr von Luedinghausen

Dr. Freiherr von Luedinghausen

Rechtsanwalt und Notar.

H0724-0056

Neurath Nr. 130

Defense Exhibit No. .....

Auszug aus der Zeitung

"Neues Wiener Tageblatt " vom 3. April 1938 - Staatskanzler Dr. Renner:

" Ich stimme mit "ja".-

H0724-0057

Neurath Nr. .....

Auszug aus

"Neues Wiener Tageblatt"
Nr. 92 Wien, Sonntag 3. April 1938

Staatskanzler Dr. Renner:" Ich stimme mit "Ja".-

Einer unserer Miterbeiter hatte gestern Gelegenheit, den gewesenen Staatskanzler Dr. Karl RENNER zur bevorstehenden Volksabstimmung zu befragen. Dieser beantwortete die an ihn gerichteten Fragen folgendermassen:

"Sind Sie, Herr Staatskanzler, bereit, über Ihre Stellung zur Volksabstimmung sich zu äussern?"

"Ich habe als erster Kanzler Deutschösterreichs am 12. Nov. 1918 in der Nationalversammlung den Antrag gestellt und zur nahezu einstimmigen Annahme gebracht:" Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik." Ich habe als Präsident der Friedensdelegation zu St. Germain durch viele Monate um den Anschluss gerungen - die Not im Lande und die feindliche Besetzung der Grenzen haben die Nationalversammlung und so auch mich genötigt, der Demütigung des Friedensvertrages und dem bedingten Anschlussverbot uns zu unterwerfen. Trotzdem habe ich seit 1919 in zahllosen Schriften und ungezählten Versammlungen im Lande und im Reich den Kampf um den Anschluss weitergeführt. Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluss nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigung von 1918 und 1919, für St. Germain und Versailles. Ich müsste meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als Deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die grosse geschichtliche Tat des Widerzusammenschlusses der Deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüsste."

"Waren Sie, Herr Kanzler, nicht Freund einer Donaukonferenz?"

"Dazu bemerke ich : Schon in der ersten Sitzung der provisorischen Nationalversammlung wurde die Alt ernative gestellt: Wir sind bereit, mit den befreiten Donauvölkern über eine Verbindung zu verhandeln, wollen diese eine solche nicht oder nur unter Bedingungen, die wieder unsere Ehre sind, so wollen wir zum Reiche zurückkehren. Die unmittelbare Antwort auf die gestellte Alternative gaben die Nachbarn durch die gewaltsame Besetzung deutscher Gebiete

H0724-0058

und durch die Untergrabung unserer Wirtschaftsgeltung. Österreich gab am 12. Nov. 1918 die würdige Antwort, indem es den Anschluss verkündete. Das 2. Mal wurde diese Alternative weniger von Österreich aus, als von den Grossmächten aufgeworfen. Die Idee der sog. Donauraumpolitik wurde nach dem Friedensschluss vielfach erörtert. Sie sollte Österreich eine neue wirtschaftlich Zukunft und den Ausweg aus der erstickenden Beengtheit des Zollabschlusses eröffnen, um so den nationalen Verzicht durch wirtschaftliche Vorteile erträglicher zu machen. Der Bedrängte verschmäht keinen möglichen Ausweg in seiner wirtschaftlichen Verkümmerung und bei seiner aussenpolitischen Machtlosigkeit hat das Land solche Vorschläge gewiss mit Interesse verfolgt. Allein durch nahezu 20 Jahre hat man mit dieser Idee bloss gespielt und nicht einen einzigen positiven Schritt zu ihrer Verwirklichung getan, ja man hat sie zum Schluss durch lächerliche legitiminstische Treibereien absurd gestaltet, so dass auch der wärmste Freund der Donauraum Politik von dieser 2. Alternative sich abkehren musste.

Nun ist diese 20jährige Irrfahrt des österreichischen Volkes beendigt, es kehrt geschlossen zum Ausgangspunkt, zu seiner feierlichen Willenserklärung vom 12. Nov. zurück. Das traurige Zwischenspiel des halben Jahrhunderts, 1866 bis 1918, geht hiermit in unserer 1000 jährigen gemeinsamen Geschichte unter."

" Wie werden also Sie und Ihre Gesinnungsgenossen stimmen?"

" Ich habe keinen Auftrag für die Letzteren zu sprechen, kann aber erklären: Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit " Ja" stimmen."

H0724-0059